

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Mai 2022

NEIN zur Steinbruch-Erweiterung Regionaler Abbau – aber zu welchem Preis?

Am 2.Mai findet in Rottenburgs Festhalle ab 14 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Bau-Union auf Erweiterung des Steinbruchs in Frommenhausen statt. Sie ist für alle öffentlich und wird vom Landratsamt Tübingen mit Landrat Joachim Walter, Vertretern der Bau-Union und zahlreichen Personen, die gegen den Antrag Einspruch eingelegt haben, durchgeführt.

Und berechnete Einsprüche gegen die Verletzung der Schutzgüter Mensch und Natur (Grundgesetz Artikel 2, Abs. 2) gibt es viele:

Die Erweiterung um 4,4 Hektar findet vorwiegend auf landwirtschaftlichen Flächen statt: **Wie wird ein Ausgleich geschaffen? Wie wird berücksichtigt, dass jede Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen die Ernährungssicherheit der Bevölkerung nicht zusätzlich gefährdet?**

Die Erweiterungsflächen greifen direkt Flächen an, die eigentlich für die Aufforstung vorgesehen sind. Zählen Wald und Biodiversität mittlerweile nichts mehr?

Durch die unmittelbare Nähe zu Schutzgebieten wird die Grundwasserneubildung „im Hinterland des südlich und westlich exponierten Steilhangs komplett unterbunden“ (Landesnaturschutzverband).



Damit hängt zusammen, dass die Folgen für den Wasserzulauf in die Starzel bisher nicht untersucht wurden. Es geht beim Starzeltal sowohl um ein wunderschönes Naherholungsgebiet wie auch um ein Flusskraftwerk, das 40 Haushalte mit Strom versorgt. Die Bau-Union hat die Verpflichtung aus der wasserrechtlichen Erlaubnis von 2015,

über die entnommene Wassermenge Buch zu führen, sechs Jahre lang nicht eingehalten. Soll jetzt darauf vertraut werden, dass trotz höherer Abbaumenge und größerer Anzahl von LKW-Fahrten die maximale Wasserentnahme (30 Kubikmeter/ täglich) eingehalten wird? **Warum gibt es keine neue Erlaubnis, die die veränderten Abbaubedingungen berücksichtigt?**

Und es gibt weitere ungeklärte Fragen: Wie ist gewährleistet, dass bei 2m Mindestabstand zum Grundwasserspiegel keine Verunreinigung stattfindet, zumal die Abbaufäche in direkter Nähe zum Wasserschutzgebiet liegt? Oder wie sicher ist es, dass bei 3m, bzw. 15m Abstand zum Steilhang und 70 Metern Abbautiefe kein Geröll und größere Teile des Hangs in die Starzel stürzen und die bewaldeten Flächen mit den vielen dort lebenden, geschützten Arten gefährden?

Hinzu kommt, dass die Bauunion von sieben verpflichtenden Maßnahmen zur Rekultivierung von Flächen durch Aufforstung bis heute lediglich eine einzige eingehalten hat und über 4,5ha

>>>

Und weiter:

Stuttgart 21 - Pofalla nimmt seinen Hut Seite 3

Investitionen in Rottenburg, wer soll das bezahlen? Seite 4

Schlachthof erhalten, die Hoffnung stirbt zuletzt (Gastbeitrag) Seite 8

Ein Windpark für Rottenburg Seite 10



**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

forstrechtlicher Ausgleich auf der Strecke geblieben sind: **Welche Garantien gibt es, dass die neuen Zusagen eingehalten werden, zumal mehrere Flächen gar nicht mehr zur Verfügung stehen?**

In der Erweiterungsfläche, im Steinbruch sowie im angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiet leben zahlreiche geschützte Tierarten, u.a. brüten dort mindestens sieben Arten der Roten Liste wie der Uhu, es gibt seltene Fledermausarten, diverse Falter, Vögel und viele andere schützenswerte Tiere und Pflanzen. Sie werden durch die Verdoppelung der Anzahl von Sprengungen im porösen Muschelkalk nicht nur geschädigt, sondern vertrieben. **Was ist zum Schutz dieser Tierarten vorgesehen? Wie wird der einsturzgefährdete Kapffelsen gesichert?**

Die Bau-Union erweitert aktuell ihr Abbaugelände auf 22,2 Hektar. Doch in ihrem Schreiben an Hirrlingens Bürgermeister Wild spricht sie von weiteren Plänen: „Grundsätzlich möchten wir alle genehmigten Abbauvorkommen, egal ob in Frommenhausen, Bietenhausen oder Willmandingen komplett (!) gewinnen. (..) In Bezug auf die oben genannte jährliche Produktionsleistung gibt es am Standort Bietenhausen noch Abbauflächen für mehrere Jahre.“ (Bau-Union, Nov. 2021) Ein Ende der Schädigung der Natur ist offensichtlich nicht absehbar. Denn es gibt eine enge Verbindung zwischen der Nutzung von Muschelkalk für den Straßenbau (B 28, Schindhau-Tunnel usw.) und der völlig verfehlten Straßenbaupolitik von Landes- und Bundesregierungen.

Schutzgut Mensch

Schon jetzt stöhnen viele Anwohner über den permanenten LKW-Verkehr durch die Ortschaften. Erstens wird die Höchstzahl von 156 LKWs pro Tag in Hirrlingen seit Jahren überschritten. Die flapsige Bemerkung von OB Neher, in anderen Regionen Deutschlands gebe es wesentlich mehr LKW-Verkehr, hat viele Bewohner wegen Neher's Ignoranz regelrecht erzürnt. **Eine DEKRA-Prüfung hat 2010 ergeben, dass der**

gesundheitsschädigende Lärmpegel schon bei 156 Fahrten überschritten wird. Lärm (wie auch Staub der beladenen LKWs) ist nachgewiesenermaßen gesundheitsschädlich!



(Abgründel grabt sich der Steinbruch in Natur und Landschaft) Foto: E.Peter

Aber die Anzahl der „durchschnittlichen“ Fahrten wird jetzt noch einmal auf 280 erhöht, im Extremfall können es auch 700 sein, je nach Bedarf. Dem entspricht, dass die Betriebszeiten auf jährlich 250 Tage plus 40 Samstage ausgeweitet werden, also 290 von 365 Tagen im Jahr. Was gilt hier noch der gesetzlich festgelegte Lärmschutz? **Wer trägt die Kosten für Erkrankungen durch mangelnden Lärmschutz?**

Zweitens kommt hinzu, dass bereits jetzt viele LKWs an Hirrlingens Grund- und Gemeinschaftsschule mit überhöhter Geschwindigkeit vorbeibrettern und dadurch den Schulweg unsicher machen. Unabhängig vom Erweiterungsantrag ist eine Temporeduzierung mit genauer Kontrolle notwendig.

Fazit

Insgesamt verletzt der Antrag der Bau-Union das kommunale Planungsrecht. Seit Jahren arbeitet Hirrlingen an einem „Entwicklungskonzept“ zur Verkehrsberuhigung in der Ortsmitte. Das ist wichtig für die Lebensqualität der Einwohner und für den Zusammenhalt in der Gemeinde. Hier hat das Landratsamt die Pflicht, gegen Eingriffe in die kommu-

nale Selbstbestimmung Flagge zu zeigen und die Planungshoheit der Kommune zu verteidigen. Das muss auch bei der Anhörung deutlich angesprochen werden, sonst werden bald weitere Rechte der Kommunen den Gewinninteressen einzelner Konzerne geopfert!

Deshalb gilt es, am 02.Mai dem Landratsamt klarzumachen, dass es alles andere als in Ordnung ist, dieses Vorhaben zu gestatten, solange die Bauunion keinen forstrechtlichen Ausgleich nachgeholt hat, der Wasserschutz nicht gewährleistet ist und keine Prüfungen vorgenommen wurden, die sowohl die Stabilität des Steilhangs (NSG und FFH-Gebiet), als auch des Kapffelsens bei nahe-

gelegenden, mehrfachen Sprengungen pro Woche, beurteilen. Die geplante Erweiterungsfläche steht in hohem Konflikt mit Natur, Biodiversität uvm., dabei gäbe es andere Lösungsmöglichkeiten, wie einen Tausch der Vorrangflächen (Reihenfolge und Funktion geplanter Abbau- und Verfüllflächen o.Ä.), klare Monitoring- und Aufforstungspläne, oder die Erwägung einer Erweiterung Richtung Osten, anstatt Richtung Naherholungsgebiet.

Bei der Steinbruch-Erweiterung geht es um wesentlich mehr als um ein weiteres Loch (siehe Foto) von 4,4 Hektar: Es geht darum, ob wir die Zerstörung von Natur und Lebensqualität für die Menschen auf weitere 32 Jahre – diesen Zeitraum umfasst der Antrag der Bau-Union – zulassen oder ob wir gemeindeübergreifend die Lebensbedingungen für uns, unsere Kinder und Enkel schützen! So heißt es allerdings – wie so oft – leider: Economy first, dann der Rest. Und das auf Kosten von Umwelt, Natur, Biodiversität und nicht zuletzt der Menschen, die dort leben!

(Alina Lipp, Emanuel Peter)

Stuttgart 21 – Pofalla nimmt seinen Hut und lässt einen Scherbenhaufen zurück

Ronald Pofalla, einst Kanzleramtsminister unter Merkel, dann Bahnvorstand, hat nicht nur Stuttgart 21, sondern auch der Bahn insgesamt schweren Schaden zugefügt. Hier seine Geschichte:

Erinnern wir uns: Ende Januar 2017 ist der damalige Bahnchef Grube ganz plötzlich zurückgetreten. Als „Kronprinz“ wurde schon längere Zeit der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla gehandelt. Als Interims-Bahnchef und Grube-Nachfolger wurde damals Richard Lutz bestimmt, welcher *„finster entschlossen sei, Stuttgart 21 zu Ende zu führen, zu einem guten Ende“*. Lutz sollte später durch Pofalla ersetzt werden, der aber für diesen Posten erst *„aufgebaut“* werden müsse, was durch den überraschenden Abgang Grubes nicht mehr möglich war. Quasi als Honorierung seines erfolgreichen S21-Lobbyings erhielt Pofalla 2017 als Nachfolger von Volker Kefer zunächst den hochdotierten Posten des Infrastrukturvorstandes und war damit unmittelbar verantwortlich für S21. Ausdrücklich zuständig war Pofalla seither immer für *„politische Kontaktpflege“*.

Nun hatte die frühere Merkel-Bundesregierung auf unzulässige Weise ihre Finger bei Stuttgart 21 mit im Spiel. Ende 2012 stand das *„bestgeplante“* Murksprojekt aller Zeiten vor dem Aus, nachdem die Bahn zugeben musste, dass die Kosten von 4,5 auf 6,8 Milliarden Euro angestiegen waren. Der Bahn-Aufsichtsrat hätte S21 stoppen müssen, da das Projekt sich nicht mehr wirtschaftlich rechnete.

Für die damalige Bundeskanzlerin Merkel wäre in Anbetracht der damals bevorstehenden Bundestagswahlen die Blamage einfach zu groß gewesen, hätte sie zugeben müssen, dass Stuttgart 21 gescheitert sei. So beauftragte sie ihren damaligen Kanzleramtsminister Pofalla, S21 durchzudrücken, koste es was es wolle. Dieser wiederum übte Druck auf die Mitglieder des Bahn-Aufsichtsrats aus, der Kostensteigerung zuzustimmen. Nach Aktienrecht ist diese Art der Einflussnahme unzulässig und strafbar, sowohl für die Bundesregierung als auch für die Aufsichtsratsmitglieder, die für den entstandenen Schaden persönlich haftbar sind.

Im Jahr 2013 zeigten Eisenhart von

Loeper, bis vor kurzem Sprecher des Aktionsbündnisses, Dieter Reicherter, Vorsitzender Richter am Landgericht a.D. und neuer Sprecher des Aktionsbündnisses, sowie der verstorbene frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi Pofalla wegen des Verdachts der Untreue an. Der Vorwurf: er habe drei Staatssekretäre im Aufsichtsrat der DB genötigt, gegen die Unternehmensinteressen das Projekt fortzusetzen. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte allerdings die Vorermittlungen wieder ein. Ein Vorsatz sei nicht nachweisbar gewesen.



Im April 2022 schließlich ergreift Ronald Pofalla die Flucht. Als einer der Hauptverantwortlichen für das S21-Debakel verlässt er das sinkende Schiff, angeblich aus persönlichen Gründen. Dass er als DB-Vorstand bei seinem Ausscheiden keinerlei Abfindung und auch keine Auszahlung für die verbleibende Amtszeit erhält, kompensiert in keiner Weise den immensen Schaden, den er im Zusammenhang mit Stuttgart 21 angerichtet hat.

Dass Pofalla nun genau zum Zeitpunkt der Veröffentlichung eines nicht zuletzt wegen Stuttgart 21 vermutlich verheerenden Jahreswirtschaftsberichts der DB zurücktritt, passt ins Bild. Auch Merkmals Festlegung auf Stuttgart 21 und ihre unsägliche Bemerkung, Deutschlands Zukunftsfähigkeit hänge von Stuttgart 21 ab, dürfte Pofallas Fehlberatung anzulasten sein. Angesichts in letzter Zeit laufender Hiobsbotschaften über Kostenexplosionen, fehlenden Brandschutz und unlösbare Kapazitätsprobleme hat sich diese These inzwischen in den Beweis ihres Gegenteils umgekehrt.

Der durch Pofalla verursachte immense Schaden, der infolge des trotz Unwirtschaftlichkeit erzwungenen Weiterbaus seit 2013 entstanden ist, macht sich bis in die Gegenwart bemerkbar. Denn auch heute noch geht es keinesfalls mehr um Wirtschaftlichkeit, sondern nur noch darum, irgendwie fertig zu werden, wie Bahnchef Richard Lutz

schon recht unmissverständlich verlauten ließ. Und vielleicht liegt es eben auch an der immer eklatanteren Unwirtschaftlichkeit, dass die Bahn nun ungefragt nach neun Jahren zum ersten Mal wieder von Ausstiegskosten spricht.

Aber bevor jemand auf falsche Gedanken kommt, das Totenglöcklein von S21 sei schon zu hören, versichert die Bahn, S21 weiter zu bauen sei dennoch *„vorteilhaft“*. Und das bei einem Kostenstand von 10 Mrd Euro, wobei die DB selbst die Grenze der Wirtschaftlichkeit des Projekts schon 2011 bei 4,5 Mrd. gezogen hatte.

Hinzu kommt noch ein Taschenspielertrick: S21 führe ja zu einem deutlichen Fahrzeitgewinn zwischen Ulm und Stuttgart, wenngleich diese Tatsache allein auf die Neubaustrecke zurückzuführen ist und nichts mit S21 zu tun hat.

Aber Ronald Pofalla hat sich während seiner Amtszeit auch bei anderen Problemen *„herausragend bewährt“*. Als man ihn nach dem Einbruch des Tunnels bei Rastatt 2017 dringend gebraucht hätte, war er wochenlang total abgetaucht. Durch eine kreative Idee sorgte er sogar für eine besondere Wortschöpfung. Er hatte nämlich vorgeschlagen, dass bei Verspätungen die Züge einfach nicht bis zum Zielbahnhof fahren, sondern unterwegs umkehren sollten, um bei der Rückfahrt wieder pünktlich zu sein. Das ging als *„Pofalla-Wende“* in die Bahngeschichte ein. Leider blieb ihm der Wunsch, Bahnchef zu werden, versagt. Und dies trotz seiner *„Bewährungsprobe“*, als es unter seiner Verantwortung wegen der vielen Baustellen im Bahnnetz im vierten Quartal 2021 beinahe zu einem Verkehrskollaps gekommen wäre.

Somit können wir alle froh sein, Ronald Pofalla endlich los zu sein. Und wir werden weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Investitionen in Rottenburg: Wer soll das bezahlen?

Demokratie lebt von sozialer Gerechtigkeit

Kürzlich listete Angelika Bachmann (Rottenburger Post) einige Großinvestitionen in Rottenburg auf: VHS mit Musikschule, Kitas mit Familienzentrum, Hohenberg-Verbundschule, Kreuzerfeld-Sporthalle, Radschnellweg, Schänzle – das kostet Millionen Euro. Die mittelfristige Finanzplanung der Stadt rechnet mit 146 Mio. Euro bis 2025. Noch nicht eingepreist: Kosten für Corona, für Flüchtlingsaufnahme und weitere Kriegskosten. Weitere Millionen für die Digitalisierung von Stadt („Smart-City“) und Schulen. Bloß: Wer zahlt das und warum wird alles teurer, als vor Jahren geplant?

„Schwarze Null“ – ein Fake

Bis zur Corona-Pandemie gab es zehn Jahre lang eine Hochkonjunktur. Bei den städtischen Haushaltsberatungen wurden alle Forderungen nach rechtzeitigem Ausbau von Kitas und Schulen vom Bürgermeister-Trio und der Groko (CDU, SPD, Grüne, Junge Aktive) regelmäßig mit der Schallplatte „Haushalte ruiniert man in guten Zeiten“ abgeblockt. Besonders beim Personal: **Insbesondere eine leistungsgerechte Bezahlung des pädagogischen Fachpersonals, der Pflegekräfte, die Senkung der Kita-Gebühren, die erste Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes seit 30 Jahren, bezahlbare Wohnungen wurden erst auf Druck der Linken korrigiert.** Schließlich lassen sich steigende Geburtenzahlen nicht länger leugnen!

Dank der Steuersenkungen der Bundes-Regierungen fuhren die Unternehmen in dieser Zeit die höchsten Gewinne seit 1945 ein, nicht nur die DAX-Konzerne, denn die Hartz-Gesetze von Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne) schufen den größten Niedriglohnsektor Europas. In Rottenburg arbeiten 30 Prozent der Beschäftigten in prekären Verhältnissen.

Gleichzeitig bürdete die grün-schwarze Landesregierung den Städten und Landkreisen immer neue Aufgaben und Kosten auf wie bei der Flüchtlingsunterbringung, bei der Digitalisierung der Schulen, beim Bau der Regionalstadtbahn (ein Milliardenprojekt!). So konnte sie ihren Haushalt „schönen“ und legte gleichzeitig Milliarden zurück – was der Landesrechnungshof als illegal kritisierte. Jetzt

will der grüne Aufsteiger, Finanzminister Bayaz, über 180 Mio. Euro für Digitalkonzerne ausgeben: „Wir investieren, damit Baden-Württemberg das Kalifornien Europas wird. Wir wollen Spitze bei der Künstlichen Intelligenz sein, das Cyber-Valley ist enorm wichtig dafür.“



Somit sind die aktuellen Nachhol-Investitionen den Fehlplanungen der Vergangenheit geschuldet. Denn inzwischen steigen die Kosten für Material und die Stadt erhält bei Ausschreibungen von Projekten nur wenige Angebote von Firmen zu überhöhten Preisen, weil viele Städte „nachholen“ müssen und sich um Betriebe schlagen, die wegen fehlender Aufträge ihr Personal abgebaut haben.

Reichtum ist demokratiefährdend

Das „Goldene Kalb“ der Schwarzen Null ist Geschichte. Es diente dazu, die Vermögen der Hyperreichen und die dreckigen Cum-Ex-Geschäfte mit politischer Duldung auf Kosten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu schonen. Die Ausschüttungen der DAX-Konzerne werden dieses Jahr um 30 Prozent auf 46,5 Milliarden Euro steigen (ARD, 4. April).

Der Preis für diese Umverteilungspolitik sind große Löcher in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen, besonders in der Daseinsvorsorge, beim Umweltschutz und im sozialen Bereich. Sie entstehen nicht durch zügellose Investitionen der Stadt, sondern sie wurden jahrelang verschleppt! Im Gegenteil: **Die Haushalte von Kommunen und Landkreisen müssen gestärkt werden, damit die soziale Spaltung unserer Gesellschaft abgebaut wird, die Zukunftsaufgaben bewältigt und der Einfluss der Hyperreichen geschwächt werden.** Oder glaubt jemand, die Verhinderung

der Bahninvestitionen durch Andy Scheuer (CSU) hat nichts mit den Interessen des Daimler-Konzerns zu tun, Autobahnen für ihre Elektro-LKWs auszustatten? Oder Tempo 120 auf Autobahnen würde Susanne Klatten und Stefan Quandt schmecken, die beide die Hälfte der BMW-Aktien geerbt und im Mai 2018 für ihre „Leistung“ 1,126 Milliarden eingesackt haben? Und wie war das mit Angies Geburtsfest im Kanzleramt mit den Banken-Chefs, die sich ihre Regulierungsgesetze selbst schreiben durften? All das und noch viel mehr höhlt unsere Demokratie aus und treibt Menschen zu den Rattenfängern der Rechtsextremen.

Vermögensabgabe ist Gebot der Stunde

Für die Bewältigung der Krisenkosten wird jetzt die Wiedereinführung des Soli diskutiert. Vom „Entlastungspaket“ der Regierung bekommen 1,7 Mio. Kinder in Armut und die Rentner kaum einen Cent, obwohl die Inflation (März 2022: 7,3 Prozent!) gerade die niedrigen Einkommen bei Grundnahrungsmitteln und Energiepreisen besonders stark trifft, wie der Sozialverband VdK heftig kritisiert.

Zugleich knallen die Sektkorken beim Rüstungskonzern Rheinmetall: Die Bundesregierung sorgt mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden für die höchsten Rüstungsausgaben seit 1945. So wächst das Vermögen der deutschen Hyperreichen weiter: **Das gesamte Nettovermögen in Deutschland beträgt nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ca. 12 Billionen Euro und ist extrem ungleich verteilt.** Allein das reichste 1 Prozent der Bevölkerung besitzt davon 32 Prozent bzw. ca. 3,8 Billionen Euro – Tendenz: steigend.

Deshalb fordert DIE LINKE zusammen mit dem DIW eine einmalige Vermögensabgabe. Sie trifft lediglich 0,7 Prozent der Bevölkerung und bringt langfristig ca. 310 Milliarden Euro. Adenauer hat nach dem Zweiten Weltkrieg dieses Mittel in einer schwierigen Situation umgesetzt. Deshalb wurde es in das Grundgesetz im Artikel 106 aufgenommen. Die Abgabe ist wichtig, um den >>>

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

sozialen Frieden in unserer Gesellschaft und mit ihm die Demokratie zu sichern.

Das von der Fraktion DIE LINKE favorisierte Modell würde die oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung mit einem privaten Nettovermögen (Vermögen abzüglich Verbindlichkeiten) von zwei Millionen Euro bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen mit einer einmaligen Abgabe belasten. Die Abgabe soll linear auf 30 Prozent ab 100 Millionen Euro ansteigen.

Dauerhaft brauchen wir eine Vermögenssteuer, damit Kitas, Schulen, Pflegeheime und Klimaschutz auch noch für unsere Kinder und Enkel bezahlt werden können.

Obszöner Reichtum durch Millionen-Erbschaften

Die CDU/FDP-Koalition unter Merkels Führung beschloss 2009, den reichen Firmenerben die betriebliche Erbschaftsteuer zu erlassen, wenn sie das „Familienunternehmen“ zehn Jahre lang fortführen. Dadurch erreichte der Wert des steuerfrei (!) übertragenen Betriebsvermögens 2012 rund 36 Milliarden Euro, von 2011 bis 2014 waren es 144 Mrd. Euro, davon 37 Mrd. Euro an Minderjährige: **„Allein 90 Kinder im Alter von unter 14 Jahren, denen jeweils ein Vermögen**

von mindestens 20 Millionen Euro übertragen wurde, erhielten zusammen 29,4 Milliarden Euro, was im Durchschnitt nicht weniger als 327 Mio. Euro pro Kind ergibt.“ (Butterwege, Kinder der Ungleichheit)

Aufgrund dieser Erbschaftssteuergesetze wurde Günther Lehmann mit 14 Jahren zum jüngsten Milliardär der Welt, als ihm sein Vater 50 Prozent der Anteile am dm-drogerie markt GmbH&CoKG vermachte. Jüngste deutsche Milliardärin wurde mit 29 Jahren Elisabeth Furtwängler, die Tochter des Medienmoguls Hubert Burda, sie besitzt ebenso wie ihr Bruder Jakob mehr als ein Drittel des Verlagshauses. Die CDU bekämpft zusammen mit der FDP jegliche Veränderung der Erbschaftssteuergesetze, weil dadurch angeblich „Familienbetriebe“ in ihrer Existenz gefährdet würden.

99 Prozent der Kinder in unserer „Leistungsgesellschaft“ sind halt in der falschen Familie geboren worden–ihr Pech!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

1.Mai-Kundgebung in Tübingen: Beginn um 10.30 Uhr ab Europa-Platz

11 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz mit Prof. Dr. Rudolf Hickel (Hauptredner) Musik von Combo Cumbiale

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit 2022 Frieden, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt kommen nicht von selbst. Sie müssen immer wieder gemeinsam erkämpft werden. Die Menschen spüren das in diesem Jahr so intensiv wie seit vielen Jahren nicht mehr.

In diesen Zeiten tiefgreifender Veränderungen stehen die Gewerkschaften für ein solidarisches Miteinander. Gemeinsam gehen wir in diesem Jahr wieder auf die Straßen und Marktplätze und setzen am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte und friedvolle Zukunft. Denn wir wissen: Solidarität braucht Nähe!

Durch den brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine sterben jeden Tag Menschen. Millionen Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, sind auf der Flucht. Dieser Krieg ist auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert. Unsere Botschaft zum 1. Mai lautet:

Solidarität, Frieden und Selbstbestimmung für die Ukraine! Wir sind geeint in der Überzeugung: Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder! Weltweit!

Mit rasanter Geschwindigkeit hat sich unser Leben in den vergangenen Jahren verändert. Klimaschutz, Digitalisierung und Globalisierung haben enorme Auswirkungen darauf, wie wir arbeiten, leben und konsumieren. Für uns ist klar: Diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation können wir nur mit einer starken Mitbestimmung und einer hohen Tarifbindung erfolgreich gestalten. Gute Arbeit, nachhaltigen Wohlstand und sozialen Fortschritt gibt es nur mit einem Ausbau der Arbeitnehmerrechte und starken Gewerkschaften.

GeMAInsam Zukunft gestalten: sozial, ökologisch, demokratisch.

Die Menschen brauchen Sicherheit, gerade in Krisenzeiten und in Zeiten des Wandels. Daher fordern wir eine gute Qualifizierung der Beschäftigten für die Herausforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt und eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Wir fordern die Erneuerung des Sicherheitsversprechens für einen solidarischen Sozialstaat mit guten Renten sowie einer Bürger- und Pflegevollversicherung. Sozialabbau zur Gegenfinanzierung der gegenwärtigen Krisen lehnen wir ab: Sozialabbau ist eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie!

Wir haben viel erreicht! Durch Kurzarbeit konnten in der Pandemie drei Millionen Arbeitsplätze gerettet und die Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden. Dass der Mindestlohn noch in diesem Jahr auf 12 Euro erhöht wird, ist auch unser Erfolg. Das kommt Millionen Menschen – besonders Frauen – im Land zugute.

In diesen Wochen finden Betriebsratswahlen in rund 28.000 Betrieben statt. 180.000 Betriebsrät*innen kämpfen für Gute Arbeit und sichere Beschäftigungsperspektiven. Das geht am besten mit und in Gewerkschaften!

Wir stehen für eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft und Arbeitswelt. Wir stehen für die solidarische Kraft der Vielen! Die Herausforderungen unserer Zeit können wir meistern, in Deutschland und Europa, wenn wir gemeinsam handeln und niemanden bei den Veränderungen, die vor uns liegen, alleine lassen.

GeMAInsam Zukunft gestalten! Das ist unser Auftrag!

Frontalangriff auf Friedensbewegung und Ostermärsche

FDP manövriert sich weiter ins Abseits

Viele kennen die FDP besser als Schutzvereinigung deutscher Milliardäre, die sich auch jetzt wieder gegen jede Steuererhöhung für die Handvoll Hyperreiche stemmt und alle Kosten der Energiekrise und des Ukraine-Krieges der einfachen Bevölkerung aufbürden will. Jetzt wollte Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender FDP im Bundestag, einen Coup landen, indem er den Organisatoren der Ostermärsche absprach, Pazifisten zu sein: „Das sind Leute, die eindeutig Interessenvertreter der russischen Position sind. Sie machen rhetorisch und politisch die Arbeit eines Wladimir Putin und des russischen Geheimdienstes (...) Die Leute, die solche Märsche organisieren, sind die fünfte Kolonne Putins.“

Dabei ist es dem Grafen wahrscheinlich entgangen, in welche Tradition er sich mit dem Begriff der „fünften Kolonne“ stellt: Sie stammt vom spanischen General Emilio Mola, einem der Hauptakteure des faschistischen Militärputsches gegen die Republik 1936, durch den die Franco-Diktatur errichtet wurde. Wie würde sich der Graf fühlen, wenn man ihn als „Fünfte Kolonne“ von deutschen Rüstungskonzernen wie Rheinmetall bezeichnen würde? Wobei dies wahrscheinlich eher zutrifft, als die Ostermarschierer als Parteigänger Putins zu bezeichnen.

So hat denn auch Margot Käßmann, die ehemalige Vorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, sich gegen die Difamierung von Lambsdorff verwahrt und vor einer weiteren Eskalation des Krieges durch Waffenlieferungen gewarnt. Schließlich gehen die Ostermärsche auf die lange Tradition der britischen Atomwaffengegner aus den 50er Jahren zurück und zeigten in den 80er Jahren gegen Stationierung von US-amerikanischen Cruise Missiles und sowjetischen SS-20-Raketen, dass sie sich von keiner (Groß-)Macht vereinnahmen lassen!

Im Aufruf zur Stuttgarter Demonstration heißt es deshalb:

„Die russische Armee ist am 24. Februar völkerrechtswidrig in die Ukraine einmarschiert. Wir verurteilen diesen kriegerischen Angriff scharf. Der Überfall Russlands ist durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht durch den 8-jährigen Bürgerkrieg in der Ostukraine. **Unsere Solidarität gilt den Menschen, die Opfer dieses Krieges sind und diejenigen in der Ukraine, in Belarus und Russland und weltweit, die für einen Stopp des Krieges und eine friedliche Zukunft eintreten.** (...) Die jetzt von der NATO, der EU und der Bundesregierung beschlossenen militärischen Maßnahmen werden das gegenseitige Wett-rüsten und die Kriegsgefahr nicht bannen, sondern befeuern. Die gigantische Erhöhung des deutschen Rüstungshaushaltes um 100 Milliarden, die sogar im Grundgesetz verankert werden soll, zusätzlich zu 2% des Bruttosozialprodukts für Rüstung, lehnen wir entschieden ab. Diese 100 Mrd brauchen wir dringend für die Energiewende, für Bildung und Gesundheit.“

Lambsdorff und anderen geht es in Wahrheit darum, den Boden für weitere abenteuerliche Militäraktionen der Bundeswehr wie in Afghanistan und Mali zu bereiten und jegliche Kritik daran zu unterbinden. Das ist schon ein wahrer Feldzug gegen die Friedensbewegung, für die er die Munition schärft!

Dr. Emanuel Peter

1. Mai auf dem Flugfeld

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses für eine nachhaltige Entwicklung auf dem Flugfeld freuen sich über Ihren Besuch. Wir informieren Sie gerne über den neuesten Stand unserer Aktivitäten.

Dazu gehört auch der Austausch mit den Studierenden der Fachhochschule Nürtingen am 30. März 2022. Nachdem die Stadt Rottenburg der Fachhochschule im Rahmen einer Bachelorarbeit das Flugfeld als „Übungsobjekt“ zur Überplanung als Gewerbegebiet angeboten hat, sind wir aktiv auf die Studierenden zugegangen. Bei diesem Termin konnten wir unsere Bedenken und Beweggründe gegen eine weitere Bebauung dieser bedeutungsvolle Fläche erläutern. Dazu zählen sowohl der Klima-, Wasser-, Luft- und Lärmschutz, die rasant abnehmende Artenvielfalt, als auch der regionale Bodenschutz für die Landwirtschaft und die über 1750 Einsprüche der Bürgerschaft zur Regionalverbandsänderung.

Denn trotz grünlicher Regierung geht der Flächenfraß in Baden-Württemberg ungehindert weiter.



Entgegen mancher gesteuerter Informationen und Bestrebungen ist hier noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Durch Ihren Besuch unterstützen Sie uns und unsere Anliegen. Wir freuen uns auf Sie

Marlene Fischer und Irmgard Kussauer

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Einmalzahlung reicht nicht aus, um gestiegene Energiekosten auszugleichen

Pressemitteilung von Jessica Tatti, 8. April 2022, MdB die LINKE

„Die Forderungen von Erwerbslosengruppen und der Nationalen Armutskonferenz nach vollständiger Übernahme der Kosten für Strom und Heizung in Hartz IV und Sozialhilfe sind dringend notwendig. Weder beim Heizen, noch beim Strom oder bei den Lebensmitteln kann einfach so gespart werden. An diesen lebensnotwendigen Ausgaben kommt niemand vorbei“, erklärt Jessica Tatti, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Pressekonferenz von Erwerbslosengruppen und Nationaler Armutskonferenz zur steigenden Energiearmut. Tatti weiter:

„Die von der Ampel-Koalition in Aussicht gestellte Einmalzahlung für Menschen im Leistungsbezug reicht nicht annähernd aus, um die gestiegenen Kosten auszugleichen. Viele werden auf hohen Nachzahlungen sitzen bleiben. Das ist unerträglich. Die Ampel setzt ihre ungerechte Krisenpolitik auf dem Rücken der Menschen fort, die Unterstützung am nötigsten brauchen. Die Bundstagsfraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass umgehend die Regelsätze in der Existenzsicherung erhöht werden. Sonderzahlungen reichen nicht aus. Wir brauchen ehrlich berechnete Sozialleistungen, die zum Leben reichen.“

Energiearmut: „Der notwendige Energieverbrauch muss übernommen werden“

(Pressekonferenz der Nationalen Armutskonferenz)

Erwerbslose und Armutskonferenz kritisieren Gießkannenprinzip bei Energiehilfen Berlin, 8. April 2022. Angesichts der Inflation und der durch den Ukraine-Krieg steigenden Energiekosten fordern Erwerbslosengruppen und Nationale Armutskonferenz gezielte Hilfen für in Armut lebende Haushalte.

„Während Erwerbstätige einen Energiekostenzuschlag von 300 Euro erhalten, bekommen Leistungsberechtigte in der Grundversicherung gerade einmal 200 Euro. Das wird in den wenigsten Fällen ausreichen, die ansteigenden Stromkosten aufzufangen“, kritisiert Jürgen Schneider vom Koordinierungskreis der Nationalen Armutskonferenz. Schneider ergänzt:

„Damit ist auch noch lange nicht die Inflation ausgeglichen. Die drei Euro Regelsatzerhöhung, die es am Anfang des Jahres gab, ist weit hinter den tatsächlichen Kostensteigerungen zurückgeblieben.“ Schon vor Inflation, Pandemie und Ukraine-Krieg hätte der Regelsatz nach Berechnungen von Sozialverbänden mindestens 160 Euro höher liegen müssen, so Schneider. Die Erfahrungen mit Energieschulden in der Beratungspraxis der Selbsthilfeorganisationen sind laut Helga Röller vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum drastisch. „In den Fallbesprechungen mit dem Beratungsteam häufen sich die Fälle, wo Ratsuchende die eingehenden Rechnungen nicht mehr bezahlen können“, so Röller. Strom- und Gassperren seien die Folge. Die Jobcenter würden die Lücken in vielen Fällen nicht ausgleichen: „Die wegen des Nicht-bezahlen-könnens der stark erhöhten Jahresenergieabrechnung kontaktierten Behörden leiten deswegen oft ein formales Verfahren ein wegen vorgeblichen oder tatsächlich überhöhten Verbrauchs. Im Raum steht der Vorwurf des sogenannten ‚unwirtschaftlichen‘ Verhaltens.“

Ulrich Franz von der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppe im DGB KV Bonn/Rhein-Sieg schlägt „einen notwendigen aber auch gangbaren Weg für die Politik“ vor, die Energie-Armut zumindest zu mindern. „Hierzu gehören laut Franz „die Übernahme der Nachforderungen der Energieversorger und die Berücksichtigung der erhöhten Abschläge bei den Heizkosten insbesondere durch Jobcenter und Sozialämter“. Der notwendige Energieverbrauch müsse auch tatsächlich übernommen werden. So fordere das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ aus bundesweiten Erwerbslosengruppen und Beratungsstellen „die Herausnahme der Stromkosten aus dem Regelsatz und stattdessen die Übernahme eines existenzsichernden Volumens an Kilowattstunden, das sich an dem realen Verbrauch von armen Menschen, die im Regelfall nicht über energieeffiziente Geräte verfügen, orientiert. Dieses Volumen muss den individuellen Bedarf berücksichtigen.“

Ulrich Franz kritisiert die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung, die die besondere Situation von in Armut Lebenden ignorieren würden: „Das neue Maßnahmenpaket ist sozial unausgewogen. Die geplante 300 Euro Energiepauschale für alle Erwerbstätigen, also auch für die Gutverdienenden, zeige, dass nicht zielgerichtet für die Bedürftigen in diesem Land, sondern nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen wird. Was wir brauchen, ist einen existenz- und teilhabesichernden Regelsatz, anstatt der politischen Kleinrechnerei der Vergangenheit.“

Glasfaseranschlüsse in den Ortschaften

In der Bürgerversammlung Anfang April stellte Bieringens Ortsvorsteher Dettling an die Stadt eine interessante Frage. Wie in vielen Ortschaften werben momentan die zwei Konzerne NetCom BW und Deutsche Glasfaser für Neukunden, denen sie kostenlos einen neuen Anschluss anbieten. Bedingung ist, dass Neukunden für zwei Jahre bei diesem Anbieter bleiben müssen. Doch diese Werbung, so OV Dettling, findet nicht in allen Straßen und Gebieten von Bieringen statt, vor allem nicht rechts vom Neckar im Wohngebiet am Bahnhof.

Die Antwort von BM Weigel: Das brauchen die Firmen auch nicht. Sie bieten nur in dem Gebiet einen Anschluss an, wo es sich für die Firma betriebswirtschaftlich lohnt, sprich: Wo Profit winkt. Sie haben also keine Verpflichtung für einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes.

Dort, wo es ein „Marktversagen“ gibt, weil nicht genügend Profit winkt, „darf“ die Stadt laut Gesetz einspringen. Ein privater Anschluss kostet für den Kunden dann um die 1.000 Euro! Marktwirtschaft heißt also: Gewinne privatisieren, bei ungenügenden Gewinnen den Ausbau sozialisieren.

Dr. Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Was passiert beim Schänzle-Umbau?

Nichts ist barrierefrei!

Es ist eigentlich nicht zu glauben, wie Herr Klein und Herr Weigel mit den interessierten Bürgern und Mitgliedern des Gemeinderats umgehen. Bei Beginn der Bauarbeiten im Schänzle stellte Herr Klein im Bauausschuss einen Wasser durchlässigen Asphalt vor. Kurze Zeit später erklären Herr Klein und Herr Weigel in einem Pressegespräch, dieser Asphalt sei nicht geeignet. Ich habe recherchiert. Dieser Belag ist mit Patent geschützt und hier nicht erhältlich. Dann sollte es ein weißer Asphalt werden, aber nur ein kurzes Stück. Keine 10 Tage später wurden die ganzen Wege mit normalem Asphalt geteert. Auf meine Frage bei der Einwohner-Versammlung sagte Herr Klein auf meine Frage, was jetzt mit dem weißen Asphalt sei, es werde nur eine weiße Beschichtung aufgetragen.

Einen Tag später veröffentlicht die Stadt eine Ausschreibung für den nächsten Bauabschnitt. Die Wege sind mit normalem Asphalt ausgeschrieben. Es ist nichts von einer weißen Beschichtung zu lesen. Die Barrierefreiheit wurde ganz einfach auch vergessen, obwohl auf Nachfrage im Bauausschuss eine Zusage gemacht wurde. Es ist wohl so wie am Bahnhof. Vorschriften, die die Barrierefreiheit betreffen, gelten in Rottenburg nicht. Es werden wohl die Bürger im Sommer auf aufgeheizten schwarzen Wegen sich vergnügen müssen. Es ist wohl auch sicher, dass zum Neckarfest das Schänzle eine Baustelle ist. Der Beginn der Bauarbeiten ist auf Anfang Mai terminiert. Das Neckarfest ist im Juni. Ich frage mich, wieso der Ausschuss Bauen und Nachhaltigkeit heißt. Es werden im nächsten Bauabschnitt wieder 500qm Fläche versiegelt.

In Rottenburg wird zur Zeit der Stadtpark umgebaut. Dabei wird die DIN für behindertengerechten Wegebau nicht eingehalten. Die Steigung beträgt weit über drei Prozent und die Wege sind länger wie zehn Meter. Laut DIN wären Ruhepodeste erforderlich. Auf meine Frage an der Einwohnerversammlung sagte Herr Klein, dies sei in diesem Park nicht notwendig. Während der Bauphase habe ich das Planungsbüro, das Tiefbauamt mit Herrn Klein und Frau Natusch mehrfach darauf aufmerksam gemacht. Ich habe auch Frau Pflumm, den Behindertenbeirat Rottenburg angeschrieben und keine Antwort erhalten. Es kann doch nicht sein, dass die Stadt macht, was sie will. Auf eine Anfrage einer Gemeinderätin wurde von Frau Natusch zugesagt, die Wege würden der DIN entsprechend gebaut.

(Gastbeitrag, Bertholt Biesinger)

Schlachthof erhalten: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“

Daran musste ich bei der Bürgerversammlung Anfang April denken. Unser OB blieb bei seinen immer gleichen Fehlinformationen. Neu war die Unterstellung, ich hätte Teile der Aussagen des Landratsamtes gestrichen - obwohl ihm und dem Stadtrat der ungekürzte Schriftverkehr vollständig vorliegt.

Lohnt sich ein weiterer Einsatz für den Schlachthof? **Ja!**

Weniger Honig und Obst durch das Bienensterben gehen nicht nur Naturromantiker an, ebenso wie der gesamte rasante Verlust an Tier- und Pflanzvielfalt. Genetische Vielfalt brauchen wir für widerstandsfähige Ökosysteme unter den Anforderungen des Klimawandels. Bedrohte Insekten, ein selten gewordener Vogel sind vielleicht die einzigen Fraßfeinde für Pflanzschädlinge oder neu eingewanderte Mückenarten, die Viruserkrankungen übertragen. Corona lässt grüßen!

„Moderne“, riesige, industriell bewirtschaftete Monokulturflächen sind das Gegenteil genetischer Vielfalt. Die Vielfalt unserer bewirtschafteten Kulturlandschaft erfreut uns in der Freizeit. Wacholderheiden, Streuobstwiesen, Kleingewässer etc. sind Schutzgebiete für den überlebenswichtigen Genpool. Zum Ökosystem Kulturlandschaft gehören viele - Landwirte, Winzer, Jäger, Mühlen, Gastronomen und Metzger, Vermarkter regionaler Produkte, alle die ihren Garten oder ihr Stückerle pflegen und regionale Produkte kaufen. Mitten in diesem Ökosystem steht der Rottenburger Schlachthof. Ohne den Schlachthof werden viele Bauern und Selbstvermarkter die Schafhaltung, die Schweine- oder Rinderhaltung einstellen. Ohne sie gibt es die Freiflächen und Wacholderheiden an der Wurmlinger Kapelle, am Österberg, am Schönbuchhang und an der Weilerburg nicht mehr. Wir brauchen den Schlachthof in Rottenburg für den Erhalt unserer schö-

nen Landschaft. Von den an der Rottenburger Trichterhalde und bei Reusten mit viel Arbeit und Kosten optisch freigeschnittenen Flächen bleibt ohne Schafe und Ziegen, die den Boden aufreißen und düngen, mit ihrem Fell Samen einbringen, bald nur noch tote Optik übrig.

Sicher brauchen wir nicht so viel Schlachttiere wie bisher. Mensch und Tierwohl verachtende Großschlachtereien „produzieren“ das, was in großen Mengen verkauft wird. Ein Großteil des Schlachtgewichts wird exportiert oder landet im Tierfutter. Nur lokale Landwirte, Schlachthöfe, Metzger und Gastwirte können mit handwerklicher Kunst das „von Kopf bis Schwanz Prinzip“ umsetzen. Das erhält die Vielfalt der Geschmackserlebnisse, das Kulturgut der Metzger- und Kochkunst. Dazu brauchen **sie und wir** lokale Schlachthöfe wie unseren in Rottenburg.

>>>

Für den Rottenburger Schlachthof gilt, was wir in anderen Ökosystemen erleben. Infra-Strukturen, die heute sinnlos zerschlagen werden, lassen sich nur mit größter Mühe wieder neu errichten. Mittlerweile hat dann die ganze daran hängende Folgekette Schaden genommen, der praktisch nicht mehr wieder gut zu machen ist.

Jeder kleine Schlachthof ohne Finanz- und Lobbykraft, der verschwindet, fördert die Agrargroßindustrie mit all ihren unerwünschten Folgen:

- Monokulturen mit zwangsläufiger Pestizid- und Herbizidausbringung, Artensterben und eintönige Landschaften,
- Grundwasserverseuchung, Klimabelastung, Bodenversiegelung
- „ertragsoptimierte“ Massentierhaltung, Tierqual durch endlose Transportwege, fabrikmäßig getaktete Schlachtvorgänge unter artwidrigen Umständen,
- Gefährdung unserer Gesundheit durch Reserveantibiotika, Mastmittel etc.
- Zerstörung der materiellen Grundlagen für kleinere bäuerliche Betriebe, Nebenerwerbslandwirte und Privathalter durch Preisdumping und Marktverdrängung,
- Zerstörung der Natur und kultureller Strukturen in anderen Ländern für den Export von Soja etc. für unsere Großmastbetriebe,
- unmenschliche Arbeitsbedingungen der Niedriglohnarbeitskräfte in Großschlachtereien, die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die subventionierten Restexporte der Großschlachthöfe und Discounter für Millionen Menschen in der Dritten Welt, die aus der Not heraus in die Migration getrieben werden.

Wir **ALLE** brauchen den Schlachthof in Rottenburg für unsere Zukunft - nicht nur ein paar Naturschützer, Bauern und Metzger.

(Gastbeitrag von Dr. Klaus Weber)



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ein Windpark für Rottenburg

Wer verursacht den hohen Energieverbrauch?

Den größten Windpark in der Region mit acht Windrädern und einer Leistung von 4,5 Megawatt für 25.000 Haushalte will OB Neher im Gebiet zwischen Hailfingen, Oberndorf, Seebronn, Heuberger Hof und Wendelsheim errichten lassen. Sechs der Flächen befinden sich im städtischen Wald, zwei in Privatbesitz. Die Windräder werden weithin gut sichtbar sein, denn mit einer Gesamthöhe von 245 Metern sind sie viermal so hoch wie der Rottenburger Dom. Laut Neher sind in unserer Region Anlagen nur profitabel, wenn sie über 200 Meter hoch sind. Für jedes Windrad wird ein Fundamentdurchmesser von 24 Metern benötigt, die benötigte Gesamtfläche beträgt 9.000 qm, davon 4.000qm nur für die Bauphase.

Gegenwärtig besteht der Rottenburger Stromverbrauch zu 37 Prozent aus Solarenergie, 34 Prozent Wasser, 22 Prozent Biomasse und sieben Prozent Kraft-Wärme-Koppelung. Erneuerbare Energien decken den Strombedarf zu 36 Prozent ab, die Lücke von 64 Prozent könnten mit den Windrädern abgedeckt werden, so die Stadt. Doch pro Windrad belaufen sich die Investitionen auf bis zu 7,5 Mio. Euro, also rund 60 Mio. Euro für den gesamten Windpark. Das können Stadtwerke und Stadt allein nicht stemmen, also sucht sie Investoren wie Altus, finanzstarke Bürger und weitere Geldgeber. Es soll auch schon Interesse von Investoren an Gebieten in Ergenzingen, Eutingen (oh, Flugfeld in Sicht!) und Starzach geben.

Obwohl OB Neher in der Bürgerversammlung betonte, man sei „noch ganz am Anfang“, soll eine „Dialoggruppe“ aus Verwaltung, Ortschaftsräten und Gemeinderat – aber nur aus den „größten Fraktionen“, damit kritische Stimmen ausgeschlossen sind – bereits bis zum Herbst dem Gemeinderat ein Projekt zur Beschlussfassung vorlegen. Die Planungs- und Bauzeit wird allerdings fünf bis zehn Jahren betragen.

Die 30 größten Umweltverschmutzer

Um schädliche Treibhausgase zu verringern, ist es sinnvoll, die fossilen (Erdöl, Gas, Kohle) durch erneuerbare Energiequellen (Wasser, Wind, Sonne) zu ersetzen und sich zugleich von ausländischen Lieferanten unabhängiger zu machen. Aber es mutet merkwürdig an, dass die Hauptkonsumenten der Energie und damit der CO₂-Verursacher überhaupt nicht in den Blick genommen werden. Denn nur 30 Unternehmen in Deutschland sind verantwortlich für 36 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Fast die Hälfte der Abgase (3,3 Milliarden Tonnen CO₂) verursachen Stahlwerke, Raffinerien, Kohlekraftwerke, Glasfabriken und Zementhersteller wie Holcim (Dotternhausen) und Heidelberg Zement (ARD, Tagesschau, 28.3.2022). Dabei wurden in der Vergangenheit die CO₂-Zertifikate an große Unternehmen verschenkt, jahrelang erhielt Holcim trotz gesundheitsschädlichen Abgase durch seine Verbrennung von Giftmüll vom Regierungspräsidium Tübingen „Ausnahmegenehmigungen“ und kostenlose Zertifikate. RWE hat sich in früheren Jahren mit (billigen) Zertifikaten für 200 Mio. Tonnen CO₂ eingedeckt, ähnlich die EnBW. Der deutsche Zementkonzern HeidelbergCement etwa hat seit 2008 rund 45 Millionen Zertifikate mehr erhalten, als er selbst benötigt. Damit betreiben die Energiekonzerne jetzt Handel: „50 Milliarden Euro Extrage-winne für die europäische Industrie“ wurden damit erzielt (zdf.de 6.10.21). Dies bezahlen die privaten Stromverbraucher, so ist in Rottenburg ihr Strompreis siebenmal höher als der für Betriebe, vor allem weil die Privatverbraucher wegen der verschenkten Zertifikate eine höhere EEG-Umlage zahlen müssen!

Echte Alternativen entwickeln

Was also wird unternommen, damit Holcim endlich wirksame Filteranlagen einbaut und das Regierungspräsidium (unter Präsident Klaus Tappeser) mit den Ausnahmegenehmigungen aufhört? Glauben die Grünen, dass der erhöhte Abbau im Steinbruch Frommenhausen mit bis zu 700 LKW-Fahrten pro Tag wirklich keinen erhöhten CO₂-Ausstoß verursacht? Wann werden Alternativen zum Beton im Gebäudebau (z.B. Kreissparkasse am Marktplatz) und zum Straßenbau (56 Mio. Euro für die B28 neu) entwickelt, um die Zementproduktion zu verringern? Durch Holzbauweise entsteht in Hamburg das Roots, ein Holzhaus mit 18 Stockwerken, in Berlin wird das WoHo 29 Stockwerke haben, in Tübingen wird der Grüne Turm mit neun Stockwerken aus Holz im Gewerbegebiet Unterer Wert gebaut, um das Hauptzollamt Heilbronn unterzubringen. Für 3.000 Quadratmeter gilt der Energiestandard 40 EE, im April 2023 soll das Hochhaus fertig sein. Es gibt schon längst Alternativen zur Flächenversiegelung durch Photovoltaik, zu immer höherer Betonproduktion und der Landschaftszerstörung durch Steinbrüche wie in Frommenhausen.

Die falsche Alternative mehr Windräder ODER Schutz des Rotmilans und anderer Vogelarten wird uns solange erhalten bleiben, wie wir nicht an die Ursachen der CO₂-Entstehung herangehen. Eine Tonne Zement bei Holcim/ Dotternhausen und anderswo verursacht eine Tonne CO₂, der Schmusekurs von Grün-Schwarz im Tübinger Regierungspräsidium und im Rottenburger Rathaus gegenüber solchen Konzernen ist unerträglich und verhindert eine tatsächliche Energiewende zugunsten von Mensch und Natur.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Veranstaltungshinweis

Im Juni 2010 wurde die **KZ-Gedenkstätte Hailfingen** mit einem Festakt eingeweiht. Zu diesem Anlass kamen die Überlebenden Mordechai Ciechanower, Sam Baron, Israel Arbeiter und Simon Gutman sowie 20 Angehörige der jüdischen KZ-Häftlinge.

Eigentlich sollte 2020 das 10-jährige Jubiläum gefeiert werden. Doch dann kam die Pandemie dazwischen. Nun werden die Festlichkeiten am **8. Mai 2022** nachgeholt. Es wird mehrere Vorträge geben, anschließend gibt es die Möglichkeit zu essen und die Gedenkstätte anzuschauen.

Ort: Mehrzweckhalle Hailfingen (Friedensstraße 30, 72108 Rottenburg am Neckar)

Datum: Sonntag, 8.5.2022

Uhrzeit: 10:30 Uhr

Windpark Rottenburg im Energie-Dialog?

Noch ist also die Zeit nicht reif für die Öffentlichkeit. Warum eigentlich? Irgendwann müssen die Karten doch auf den Tisch. Die Stunde der Wahrheit kommt. Die derzeitige Geheimnistuerei irritiert nicht wenige. Mündige Bürger*innen befürchten mangelnde Transparenz und Hinhalte-Taktik. Erfahrungen in vergangenen Zeiten sprechen dabei ihre eigene Sprache. Schon vergessen? Nicht wirklich. Vertrauen in kommunale Politiker hat gelitten. Schulbürgerstreich nennt es eine Leserbriefschreiberin am 22.4.2022 im Tagblatt.

Die Rathausrunde kommt allmählich aus der Deckung und rührt die Werbetrommel in der lokalen Presse/Tagblatt mit globalen Argumenten. Paradebeispiele: Chance Windkraft von Bürgermeister H. Bednarz. Strategisch nicht unklug. Was man bis dato vermisst: Fakten und Faktencheck, empirische Studien, Analysen, Messdaten, Forschungsergebnisse etc. am und für den vorgesehenen Standort. Vertröstet wird auf die Zeit nach der Sommerpause. Wir sind gespannt. Noch ist die Zeit nicht reif dafür. Muss man das verstehen? Dialog, wenn alles entschieden ist? Das Kind in den Brunnen fallen lassen? Ob Erfahrungen anderer Windparkanlagen durch Vorort-Termin und Exkursion lokal und direkt übertragbar sind auf Rottenburg, ist für mich fragwürdig, nicht allein aus Befangenheitsgründen diverser Beteiligter. Denn Investoren verfolgen hauptsächlich wirtschaftliche Ziele. Wes Brot ich esse, des Lied ich singe?

Auch die Internetseite des Forum Energiedialog zeigt noch leere Projektinformationen. Anfragen via Mail laufen (noch) ins Leere. Bravo. Schweigen im Walde quasi. Überdimensionale Windräder mit 150 m Höhe könnten - nein werden - diese Ruhe (vor dem Sturm) ändern. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Bleiben wir gespannt auf die „breite Konsultation der Öffentlichkeit“ und die „intensive Einbindung der umliegenden Ortschaften“ (Tagblatt 26.3.2022 Windpark mit acht Anlagen). Warum diese Geheimnistuerei eigentlich? Dialog geht eigentlich anders! Und: Fakten überzeugen! Eigentlich.

(Gastbeitrag, Josef A. Reitze, Wendelsheim)

Einkommensabhängige Elternbeiträge in Rottenburg? Grüne wollen Eltern gegeneinander ausspielen

Eine armselige Diskussion über eine angebliche Ermäßigung für Elternbeiträge in den städtischen Kitas spielte sich in der letzten Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses (SBK) des Gemeinderats ab. Getrieben von der Frage vieler Eltern, was die Grünen eigentlich unter Bildungsgerechtigkeit verstehen, hatten diese vor den Haushaltsberatungen im Dezember einen Antrag dazu eingebracht. 2020 zahlten Rottenburger Eltern 2,5 Mio. Euro an Kita-Gebühren.

Das hängt davon ab, in welcher Kommune die Eltern zufällig wohnen. Denn überall gibt es unterschiedliche Gebühren, weil sich die grün-schwarze Landesregierung seit Jahren weigert, die Kitas gebührenfrei zu machen und damit gegen ihre Verpflichtung verstößt, gleichwertige Lebensverhältnisse im Ländle zu schaffen. Zusammen mit Schleswig-Holstein und Sachsen gehört Baden-Württemberg in dieser Hinsicht zu den rückständigsten Bundesländern in Deutschland, wie selbst Reinhold Baur (CDU) in der Debatte zugeben musste. Die Kita-Gebühren treffen vor allem junge Familien in der wichtigen Familiengründungsphase, alleinerziehende Frauen hindern sie daran, eine Arbeit aufzunehmen, da die Gebühren häufig genauso hoch wie das (Teilzeit-)Einkommen ist. Wie der Sozialbericht des Landkreises mit den Schuleingangsuntersuchungen zeigt, hat jedes fünfte Kind einen Förderbedarf, vor allem in der Sprachentwicklung. Deshalb müssen möglichst alle Kinder im frühesten Alter sprachlich und sozial über die Kitas gefördert werden. Gesellschaftlich spart das viel Geld für spätere Förderung in den Schulen. Und schließlich sind Kitas laut Orientierungsplan Bildungseinrichtungen, die grundsätzlich gebührenfrei zu führen sind. Oder soll wieder Schulgeld eingeführt werden?

Grünes Erprobungsmodell kläglich gescheitert

In der Haushaltsdebatte hatten die Grünen die Forderung der Linken nach Gebührenfreiheit mit dem Argument abgelehnt, bei den Kitas handle es sich um eine „Freiwilligkeitsleistung“ der Stadt und nicht um eine Pflichtaufgabe. Dabei sind Städte wie Heilbronn, Mannheim und Künzelsau schon längst gebührenfrei. Die Grünen schlugen

das Villinger Modell vor. Es besteht darin, den Beitrag für untere Familieneinkommen abzusenken, für mittlere beizubehalten und für obere Familieneinkommen zu erhöhen – und dass alles nur für das letzte Kindergartenjahr! Das spielt nicht nur Familien gegeneinander aus, sondern kostet die Stadt mindestens 30.000 Euro jährlich für eine halbe Stelle, die allein die Einkommen der Familien berechnen muss. Der wahre Hintergrund für diese Haltung der Grünen ist allerdings, dass sie weiterhin die Gebührenfreiheit für Bildung ablehnen, um ihren Finanzminister Bayaz als industriefreundlichen „Modernisierer“ zu feiern. Er will bekanntlich über 180 Mio. Euro für Digitalkonzerne ausgeben: „Wir investieren, damit Baden-Württemberg das Kalifornien Europas wird. Wir wollen Spitze bei der Künstlichen Intelligenz sein, das Cyber-Valley ist enorm wichtig dafür.“ Dabei enthüllte eine Studie des Deutschen Kita-Leitungskongresses, dass in 90 Prozent der Kitas im Ländle nicht einmal mehr die Aufsichtspflicht gewährleistet ist. In jeder fünften Kita wächst der Berg an Überstunden und damit die Überlastung der pädagogischen Fachkräfte.

Städtischer Vorschlag ungenügend

Gegenüber der Verschwendung von städtischen Geldern für eine Einkommensprüfung schlug die Verwaltung vor, die Gebühren für Eltern mit Kreis-Bonus-Card Extra um 15 Prozent in allen Altersklassen zu senken, ausgenommen das Essensgeld. Dies erreicht 30 Kinder, davon 10 in der Krippe. Das Landratsamt nimmt die Einkommensprüfung vor, für Rottenburgs Haushalt würde das etwa 35.500 Euro ausmachen. Emanuel Peter (Die Linke) stellte den Antrag, angesichts von 2,5 Mio. Einnahmen dies wenigstens auf 25 Prozent zu erhöhen, als ersten Schritt in Richtung Gebührenfreiheit für alle. Für diesen Antrag stimmten fünf Gemeinderäte, fünf dagegen bei einer Enthaltung. Damit war der Antrag an den Gemeinderat ebenso wie der Antrag der Grünen abgelehnt. Aber DIE LINKE wird weiterhin für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni eintreten und unterstützt deshalb die Aktivitäten des Tübinger Bündnisses für Gebührenfreiheit.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Wusch! - Wusch! - Wusch! - Ist ein Windrad Pfuscher?

Die Windverhältnisse im Rammert sind wohl den Verhältnissen für den geplanten Windpark sehr ähnlich. Weshalb lässt OB Neher die Gelegenheit verstreichen, sich ein Denkmal zu gönnen - weit über den Wipfeln des Rammerts - gut zu sehen von der Kernstadt? Acht Windräder (245 m Höhe), die höher sind als der Stuttgarter Fernsehturm. Aber vielleicht fänden die Rottenburger die Verschandelung des Rammerts doch eher zum Speien und dann wäre das mit dem Denkmal eher ein Schandmal. Ganz anders sieht das beim Heuberger Hof und nördlich davon aus. Nicht so ins Auge springend für die Kernstadtbewohner und doch etwas darstellend. Nur was?

Lassen wir uns nicht einlullen mit Floskeln wie „Versorgungssicherheit“, „städtische Klimaneutralität“, „breite Konsultation der Öffentlichkeit“ etc. Schon die erste Sitzung der Dialoggruppe (11.04.22) fand nicht-öffentlich statt. Lässt das hoffen? Bürgermeister Bednarz schrieb davon, dass sich die Bürger in den Planungsprozess *einbringen dürfen*.

Weshalb braucht ein überzeugendes Projektkonzept bereits zu Beginn Moderatoren? Es wird also schon zu Anfang mit Konflikten gerechnet. Sieht so vertrauensvolle Zusammenarbeit aus? Übrigens wird durch das Forum Ener-

gedialog (FED) diese Moderation seit 2016 geleistet. Dies ist eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg (Umweltministerium) zur Unterstützung der Kommunen und wird von diesem „gesponsert“ oder weniger polemisch: Hauptauftragnehmer ist ein Darmstädter Kommunikationsbüro (genius gmbh) und ein team ewen, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Kurz: Staatlicher Auftraggeber und private Auftragnehmer.

Kann so eine Konstruktion „allparteilich und unabhängig“ tätig sein, wenn sie in einer zweiten Laufzeit mit rund zwei Millionen Euro durch das Umweltministerium finanziert wurde? Seit wann bestimmt nicht derjenige, der bezahlt? Die Dialoggruppe wird eine Abstimmungsempfehlung für den Gemeinderat erarbeiten.

Im Flyer des FED wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Windparks Gemeinden neue Einkommensquellen bringen können. Kein gelungener Vergleich, denn Quellen sprudeln - ausgenommen extrem trockene Jahre - relativ gleichbleibend, was bei Wind auf dem Festland eher nicht garantiert ist. Aber darf man so pingelig sein? Halten wir uns doch daran: „Es gilt, die jeweils andere Meinung zu respektieren und die Menschen ehrlich und transparent zu informieren.“ (FED)

Warum macht sich Finanzbürgermeister Bednarz für einen Windpark stark. Er denkt an den Stadtsäckel. Und wenn der Wind nicht genug weht, dann findet er gewiss auch eine Lösung: Weil die Schildbürger ein Rathaus ohne Fenster bauten, war es im Innern stockdunkel. Mit Säcken und Eimern, Kannen, Körben, mit Netzen und Schüsseln fingen sie das Sonnenlicht ein und trugen es ins dunkle Rathaus. - Das muss doch auch mit Wind am Heuberg funktionieren. Oder?

Wenn von „maximaler kommunaler Wertschöpfung“ die Rede ist, dann lohnt ein Blick auf die Altus AG als Projektentwickler, der von der Stadt in Auftrag gegeben wurde. Ein Projekt zu entwickeln ohne zu wissen, ob ein Pachtvertrag zustande kommt, ist wohl nur für risikofreudige Entwickler angeht. Oder man ist sich ganz sicher, dass der Vertrag zustande kommt. Wer gibt dem Entwickler diese Sicherheit? Wann wurde der Entwickler beauftragt, wann die Bevölkerung informiert? Die Altus AG ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW), die wiederum eine Tochter des Stadtwerkverbands Mainz-Wiesbaden aus ESWE Versorgungs AG und Mainzer Stadtwerke AG ist.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

**Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:
Samstag, 30.04.2022, 10 - 12 Uhr**

1. Mai Veranstaltungen:

10:30 Uhr Tübingen, Start Europa Platz
11:00 Uhr Tübingen, Marktplatz
10:00 Uhr Nabu Eutingen, beim Flugfeld

Kommunalpolitischer Arbeitskreis: wird bekannt gegeben

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**

facebook.com/solid-rothenburg-a.N.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe: Wird noch bekannt gegeben



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg